

Wie praktizieren USA und NATO brutal und rücksichtslos den Staatsterrorismus?

- Staatlich sanktionierte Anwendung von Gewalt
- Das Völkerrecht wird bewußt verletzt
- Wachsamkeit und Solidarität dringend geboten

Genosse Erich Honecker führte auf der 9. Tagung des ZK der SED aus, daß die USA unter fadenscheinigsten Vorwänden eine großangelegte Provokation inszeniert haben, „die den Boden für bewaffnete Überfälle auf das Territorium der souveränen Republik Nikaragua und eine direkte Invasion der amerikanischen Truppen bereiten soll. Wie sich bestätigt, schrecken jene, die den Kurs der Drohung, der Erpressung und des wirtschaftlichen Boykotts verfolgen, auch vor dem äußersten nicht zurück.“¹

Diese, aus einer angemessenen Weltgendarmenrolle des USA-Imperialismus resultierenden Machenschaften, genauso wie die Aggression gegen das friedliche und souveräne Grenada und alle die offenen und verdeckten Ak-

tionen gegen die Länder und Völker, die den Weg zum sozialen Fortschritt eingeschlagen haben, beweisen, daß die ultrareaktionären Kräfte des USA-Imperialismus und ihre Hauptverbündeten in und außerhalb der NATO zunehmend den Staatsterrorismus propagieren und praktizieren. Ausgehend von den dadurch heraufbeschworenen Gefahren für den Weltfrieden und für eine konstruktive, dem Fortschritt dienende internationale Zusammenarbeit, unterbreitete der Außenminister der UdSSR, Genosse Andrej Gromyko, auf der 39. UNO-Vollversammlung den Vorschlag, „daß die UNO die Politik und Praxis des Staatsterrorismus als Methode des Umgangs mit anderen Ländern und Völkern entschieden verurteilt“.²

Demagogischer Mantel für verbrecherische Politik

Der von der Reagan-Administration zur Regierungspolitik erhobene Staatsterrorismus ist eine Säule der imperialistischen Konfrontations- und Hochrüstungspolitik. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß unter völligem Bruch des Völkerrechts Gewalt und Terror zur Erreichung außenpolitischer Ziele angedroht und angewendet werden. Die aggressivsten Kreise des USA-Imperialismus vertreten anmaßend den Standpunkt, sie seien rechtlich und moralisch dazu legitimiert,

immer dort und dann Gewalt anzuwenden, wo und wann die von ihnen verstandene Freiheit, Demokratie und Ordnung auf anderen Wegen nicht gefördert und wiederhergestellt werden können.

Da werden von den USA und mit ihrer Hilfe demokratisch gewählte Regierungen und Präsidenten gestürzt, Patrioten verfolgt, verhaftet und ermordet. Es werden Regimes installiert und ausgehalten (zum Beispiel in Chile, Honduras, El Salvador, Gua-

temala, Haiti, Paraguay), die eine blutige und grausame Diktatur gegenüber den eigenen Völkern ausüben. Für die Vereinigten Staaten geht es allein darum, daß die USA-Monopole in diesen Ländern jederzeit ihre Profite realisieren können. Das ist die Freiheit, Demokratie und Ordnung, die sie meinen.

Anders sieht es aus, wenn sich Völker von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreien. Da heuchelt der Imperialismus Sorge, greift rücksichtslos ein, weil diese Völker die bisher den imperialistischen Monopolen zufließenden Reichtümer für sich selbst zu nutzen beginnen, weil sie wirkliche Freiheit, Demokratie und Ordnung erhalten, wie das in Kuba und Nikaragua der Fall ist, und wie dazu in Grenada der Weg eingeschlagen worden war. Dabei haben die USA immer die Unterstützung ihrer NATO-Verbündeten. In den letzten Dezembertagen 1984 lieferte erneut der BRD-Imperialismus ein bereites Beispiel dafür, als der CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer in aller Offenheit die Übereinstimmung imperialistischer Politik mit den von den USA ausgerichteten, gegen die Volksmacht in Afghanistan kämpfenden konterrevolutionären Banden demonstrierte. Terrorismus im wahrsten Sinne des Wortes wenden mit Wissen und Unterstützung der USA auch Israel gegen das palästinensische Volk und Südafrika gegen Angola und Mogambique an.

Also nicht um wirkliche Freiheit, Demokratie und Ordnung geht es dem USA-Imperialismus und seinen NATO-Verbündeten. Ihnen geht es darum, den sozialen Fort-